

Betriebe für den roten Arbeiterkandidaten Thälmann

Maffeneinzeichnungen als rote Wahlhelfer. Gewerkschaftler gegen die „Eiserne Front“

Die Massenbewegung für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann wächst unaufhaltsam. Die Tatsache, daß bisher nur eine einzige Partei, die Kommunistische Partei, klar und unzweideutig zu den Präsidentschaftswahlen Stellung genommen hat, während alle anderen Parteien von den Nazis bis zur SPD lufthanden und ratlos sind, hat die Begeisterung für die klare Klassenpolitik der Kommunistischen Partei mächtig gestärkt. Überall erklären sich die Arbeiter für den roten Arbeiterkandidaten — gegen den Kandidaten des Kapitals, der Faschisten und der Sozialdemokratie, für den Kandidaten der sozialen und nationalen Befreiung — gegen den Kandidaten der Tribute und Reparationen, für den Kandidaten der Armen — gegen den Kandidaten der Reichen. Unter der Parole Klasse gegen Klasse wird die rote Arbeiterfront unter Führung der Kommunistischen Partei geschaffen.

Eine Betriebsversammlung des Gaswerks Berlin-Charlottenburg nahm in einer vom reformistischen Betriebsrat einberufenen Versammlung eine Resolution an gegen die „Eiserne Front“, für die rote Einheitsfront und für die Wahl des Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann.

Am 31. Januar fand in Opatowitz eine Generalmitgliederversammlung des Verbandes der Eisenbahner statt (RWD). In einer Entschließung begrüßten die Eisenbahner die Kandidatur des Genossen Thälmann und gelobten, mit allen Kräften mitzuhelfen an dem Siege des Kandidaten der Werktätigen und armen Bauern.

Am 29. Januar fand eine Versammlung der Eisenbahner in Duisburg-Redau statt, die vom Einheitskomitee einberufen war. Eine Resolution wurde angenommen, in der die Eisenbahner versichern, alles daran zu setzen, gegenüber der schicksalhaften „Vollgenossenschaft“ von Wels bis Hitler für die Arbeiterklasse unter den revolutionären Fahnen der Kommunistischen Partei einen neuen Sieg zu erringen.

Die Arbeiterzeitungsträger und -trägerinnen trafen in einer Versammlung eine Entschließung, in der sie die Kandidatur des Genossen Thälmann begeistert begrüßen und geloben, ihre ganze Kraft mit einzusetzen, um durch diesen Wahlkampf Klasse gegen Klasse klare Fronten zu schaffen.

Am 30. Januar begrüßte eine sehr gut besuchte Gewerkschaftsversammlung in Hammendorf durch einstimmige Annahme einer Resolution die Thälmann-Kandidatur.

Reichsleitung der christlich-Sozialen für rote Arbeiterkandidatur

Die Reichsleitung der christlichen „Arbeiter- und Bauernpartei“ (früher Christlich-soziale Vitus-Heller-Bewegung) erklärt einen Aufruf, in dem sie sich für die rote Arbeiterkandidatur des Genossen Thälmann ausspricht. In dem von Heller unterzeichneten Aufruf heißt es:

Hindenburg ist der Repräsentant des Brünneldeutschland. Mit ihm haben die Massen der sozialen Verelendung, die Arbeiter, Bauern, Handwerker, die große Mehrheit der 85 Prozent, die unter der Herrschaft des Kapitalismus ihren Lebensraum immer mehr eingeengt und beengt erhalten, nichts gemein.

Hitler ist der Repräsentant jenes Deutschland, das berufen sein will, den Kapitalismus über Wasser zu halten.

Aber wenn wir zu entscheiden haben, politisch zwischen der Welt der Reaktion, der Ausbeutung, des Niedergangs des Kapitalismus und der Welt des Neuaufbaus, der Freiheit, der Arbeit, des Sozialismus, — da kann die Entscheidung für unsere Partei nur in der Zustimmung zu Thälmann liegen.

Unterzeichnet ist der Aufruf von der Führung der SPD-Vitus Heller.

Düsseldorf, 2. Februar. Hier fand eine Führerversammlung der Arbeiter- und Bauernpartei für das Gebiet von Rheinland und Westfalen statt. Die Vitus-Heller-Bewegung nahm durch ihre Delegierten Stellung zu den Präsidentschaftswahlen und zum Kampf gegen den Faschismus. Nach heftigen Debatten beschloß die Konferenz mit etwa 80 gegen 5 Stimmen, bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl bereits im ersten Wahlgang dem

roten Präsidentschaftskandidaten Ernst Thälmann die Stimme zu geben. Die Voller-Partei beschloß, besonders unter den christlichen Arbeitern für die Kandidatur Thälmanns zu werben.

Die Betriebe machen mobil. Die Jungarbeiter, Arbeiterfrauen und Gewerkschafter, christliche und sozialdemokratische Arbeiter schließen die rote Klassenfront für den proletarischen Kandidaten Thälmann. Tausende von roten Wahlhelfern haben sich bereits eingestellt. Kleinbauern und Mittelständler der Stadt schließen mit der Arbeiterschaft das Bündnis gegen den Kandidaten der Bourgeoisie gegen Hindenburg, der auch Kandidat der SPD ist.

Die Massenbewegung für den proletarischen Kandidaten Ernst Thälmann, in der die Herausbildung der roten Einheitsfront der Arbeiter zum Kampf für Arbeit und Brot gegen den Faschismus und seine Hauptstütze, die SPD, sowie die nationalsozialistische Bewegung zum Ausdruck kommt, muß in den nächsten Tagen eine gewaltige Steigerung erfahren. In jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle, in jeder Massenorganisation, Gewerkschaften und in jeder Art müssen die Arbeiter zum Kampf um ihre Existenz, gegen Hindenburg — für Thälmann mobilisiert werden.

In Resolutionen und Entschließungen, durch die Einzeichnung als rote Wahlhelfer und durch immer leistungsvolleren Zusammenschluß in der roten Einheitsfront muß die außerparlamentarische Massenbewegung für den proletarischen Klassenkandidaten getätigt und damit der Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit noch härter und umfassender vorbereitet und organisiert werden.

Die Hindenburgfront für Hitlers Einbürgerung!

Breußenregierung einverstanden? Der Kälz-Anzeiger schweiftwedelt vor Hitler

Gestern übergab die thüringische Regierung der Reichsregierung Material über eine Schließung Freis, der zu seiner Amtszeit als Innenminister Herr Adolf Hitler insgeheim den Vorschlag als Sonderminister in Hilburghausen ausgedrückt hatte, um ihm auf diese Weise die langgeheute deutsche Staatsbürgerschaft zu erleichtern. Den beteiligten Beamten hatte Herr Schweigepflicht auferlegt. Diese geheime Schließung ist charakteristisch für die Erbärmlichkeit des nationalsozialistischen Politikentums.

Jetzt wird die Ausbeutung des Mannes den Herren im Braunen Haus so peinlich, daß Hitler nach außen hin logar

Schwere Kämpfe in Schanghai

Moskau, 4. Februar. (Eig. Drahtbericht)

Donnerstag morgen haben fünfzehn schwere japanische Bombenflugzeuge, alle japanischen Kriegsschiffe und die Zerstörer ein starkes Feuer auf die chinesischen Stellungen in Schanghai geschleudert. Der Kampf wurde durch den Tod von Hunderten von Soldaten und Zivilisten noch heftiger. Nach dem Artilleriefeuer gingen die Zerstörer vor. Der Kampf ist jedoch noch unentschieden. Die Besetzung von Wajung wurde für zwei Stunden unterbrochen.

London, 5. Februar. (Eig. Drahtbericht)

Nach den vorliegenden Meldungen aus Schanghai sind die Chinesen beim Nordbahnhof nach Vorbereitung der Front zum Gegenangriff vorgegangen. Zeitweise konnten die Chinesen zwei Bataillone japanische Soldaten angreifen, das japanische Hauptquartier fielen zwei Granaten. Die nationale Niederhaltung ist durch Brande stark bedroht. Die Straße nach Wajung hatten sich die Chinesen in einer selbstmännigen Uniform in einem Schützenraden verkleideten einen japanischen Angriff von dieser Seite her abgewehrt.

Japan erklärt: Mandschurei japanisch!

Japan hat, gestützt durch den französischen Imperator, dem amerikanisch-englischen Vorschlag auf Schaffung einer neutralen Zone in Schanghai und Einstellung der Feindseligkeiten eine ungewöhnlich scharfe Antwort gegeben. In der Antwort heißt es:

„Unter keinen Umständen ist es der japanischen Regierung möglich, eine Verbindung der Ereignisse von Schanghai der Mandschurei zuzulassen. Der Artikel 13 des Völkerbundes kann daher auf Schanghai, aber nicht auf Mandschurei angewendet werden, für die der Artikel 11 verhandelt darf.“

Jede Art von Verhandlung mit China muß ohne Rücksicht auf die amerikanische Zwischenmacht vor sich gehen, vor der die gesamte Regelung des Mandschureikonflikts. Gleiches gilt für direkte Verhandlungen mit China in Frage kommen, ist durch die Befehle de facto und die Errichtung einer autonomen Regierung.“

Japan erklärt also offen, daß es die Mandschurei auch heute zum Zwecke der Schaffung eines Pufferstaates gegen Sowjetunion.

Der UB Freiberg geht ran!

Fehler und Mängel werden beseitigt. Mobilmachung zum Großwerbtag am Sonntag

Am Freitag forderte die kleine Ortsgruppe Vengelsfeld im Erzgebirge die große Ortsgruppe Freiberg zum Wettbewerb in der Werbung für Parteimitglieder, Arbeiterstimme- und Volksochse-Voter heraus. Die Genossen von Vengelsfeld führten ihre Werbung unter der Parole: Vengelsfeld muß Sieger sein, Freiberg muß nicht hinterbleiben, durch. Die Aufforderung der Ortsgruppe Vengelsfeld wurde von den Freibergern angenommen. Die Freiberg-Genossen führten ihre Werbung unter der Parole: Und mag es in Freiberg noch so hinken, Vengelsfeld muß unter Freiberg hinken, durch. Freiberg stellte sich als Ziel:

- Parteimitglieder . . . 35, geworden wurden 13
- Arbeiterstimme-Voter . . . 35, geworden wurden 3
- Volksochse-Voter . . . 100, geworden wurden 71
- Kämpfer-Voter . . . 25, geworden wurden 1
- Der Weg der Frau . . . 25, geworden wurden 3

Neben diesem wurden für über 10 Kart Proklamationen verkauft und die Ortszeitung umgelegt.

Vengelsfeld hat sich zum Ziel gesetzt:

- Kämpfer-Voter . . . 25, erreicht wurden —
- Volksochse-Voter . . . 70, erreicht wurden 43
- UB-Voter . . . 100, erreicht wurden 1
- Weg der Frau . . . 15, erreicht wurden 3
- Kämpfer-Voter . . . 35, erreicht wurden —
- Gelenk-Voter . . . 27, erreicht wurden —

Außerdem wurden gewonnen: ein Parteimitglied, 1 Voter für den roten Wähler.

Trotzdem die Kräfteverhältnisse höchst ungleichmäßig waren, muß gesagt werden, daß die Ortsgruppe Vengelsfeld sich tapfer gehalten hat. Auch in Freiberg mußte man, entgegen der sonst gewohnten Art und Weise feststellen, daß eine größere Anzahl aktiver Genossen sich zur Werbung einstanden. Eine Reihe Fehler und Mängel in der Methode der Werbung zeigten sich in Freiberg. Die Freiberg-Parteiorganisation wird dazu übergehen, schnellstens diese Fehler und Mängel abzustellen. Den Genossen von Vengelsfeld und Freiberg muß es möglich sein, die Aktivität der Partei und der Massenorganisationen zu steigern, um das gesetzte Ziel unter allen Umständen am Sonntag dem 7. Februar zu erreichen.

Außer Vengelsfeld und Freiberg hat nur Cederan gemeldet. Dort wurden gewonnen:

- 64 Volksochse-Voter,
- 2 Parteiaufnahmen,
- 1 Kämpfer-Voter,
- 1 UB-Voter.

Wo bleiben in Cederan die Kämpfer-Voter? Wo bleibt die Berichterstattung von Frau Erdbrunn? Gibt es in Brand keine Tinte und Feder mehr? Die Genossen in Brand werden ihre Parteileitung etwas mehr unter Druck setzen müssen.

Wo bleibt die Ortsgruppe Rodau? Hat man in Rodau am 31. Januar geschlafen? Wo bleiben Mazienberg, Döbernhau und

alle anderen Ortsgruppen des UB Freiberg? Genossen, sorgfältig dafür, daß die Berichterstattung durchgeführt wird und daß sofort alle Vorbereitungen für den Werbetag am kommenden Sonntag getroffen werden! Der UB Freiberg muß aufpassen! Wir müssen zeigen, daß es nicht nur in Chemnitz und Leipzig Kommunisten gibt, die zu werden verstehen!

Ber machts nach?

Vorbildliche Werbergebnisse meldet die Ortsgruppe Kreischa. Es wurden gewonnen für die SPD 21 neue Mitglieder, davon zwei Frauen, vier Mitglieder für die KPD und vier für die Käte Hille, davon zwei SA-Genossen. Außerdem sind neun Mitglieder vom Deutschen Freidenkerverband in den SPD zu verzeichnen, darüber hinaus wurden drei Neuaufnahmen für den SPD gemacht. Dieses glänzende Resultat ist auf eine gute Vorbereitung zurückzuführen. In dem Generallappell aller Mitglieder der revolutionären Massenorganisationen, wo die Durchführung der Werbung besprochen wurde, wurden allein gleich 13 Neuaufnahmen für die SPD gemacht.

Frauen in vorderster Front gegen imperialistischen Krieg

In Heidenau fand am 3. Februar eine von 200 Frauen besuchte öffentliche Frauenversammlung statt, welche zum imperialistischen Krieg und zur Lage der Arbeiterschaft in der Sowjetunion Stellung nahm. Drei Delegierte zum Kongreß der werktätigen Frauen wurden gewählt. Mehrere Aufnahmen für Partei und UB wurden gemacht.

In Lauterbach fand am 2. Februar eine von 120 Frauen besuchte Frauenversammlung statt in welcher die Genossin Hanni Günther, die mit ihrer Familie in Kaschau lebt und sich zur Zeit hier in Urlaub befindet, über die Befreiung der Frau sprach. Auch hier wurden zwei Delegierte zum Kongreß der werktätigen Frauen gewählt und 5 Aufnahmen für den Kampfband gegen den Faschismus gemacht.

Alle Kräfte angespannt!

Wählt überall Delegierte zu den Konferenzen werktätiger Frauen!

Sonntag, den 7. Februar, in Freital Gebauers Gasthof, und Adelsberg, Kaiserhof-Tunnel.

Sonntag, den 14. Februar, in Dresden, Reihigerhof, Reihigerstraße, und Pirna, Zwinger.

Sezen Bild blamiert mit der Erklärung, die Sache ist unannehmbar gewesen und deshalb habe er keine weitere Maßnahmen. Die gesamte bürgerliche Presse greift begeistert die erbärmliche Demitt des „großen Adols“ auf, um ihn zu unterstützen und sich als Alleinschuldigen hinzustellen. Das war und ist jedoch nichts anderes als ein Manöver der Führung, um die legale Einbürgerung Hitlers als unerlässliche Aufgabe für das offene Einbürgerung in die Hindenburgfront zur Präsidentschaftswahl ausposaunen zu lassen.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung erklärt hierzu deutlich:

„Bleibt wäre jetzt der gegebene Augenblick gekommen, dem der Reichspräsident selbst den Wunsch nach einer Einbürgerung Hitlers anspricht und damit die Wiederherstellung dieser Einbürgerung leichter unmöglich machte, die Einbürgerung könnte wahrscheinlich eine ganz neue Situation schaffen und den Nationalsozialisten das Einbürgerung in die Hindenburgfront erleichtert werden. Die Frage der Einbürgerung des Führers der Nationalsozialistischen Partei bleibt jedoch nach wie vor hochaktuell.“

Die ganze Hindenburgfront blüht jetzt Hitler die Einbürgerung als Ungleichgewicht. Der Dresdner Anzeiger, der ganz denselben Kitz, der die Viten für die Hindenburgfront legen läßt, hiebert sich heute in einem geradezu schmerzhaften Artikel bei Hitler an um gleichzeitig für die Einbürgerung zu werden. Wörtlich schreibt das Dresdner Amtsblatt:

„Ob Hitler nun seinen Antrag stellen wird, ist noch unbekannt. . . Zu wünschen wäre es aus den oben genannten Gründen, denen auch noch der weitere, in anderer Hinsicht ungeliebte zugestimmt werden soll: daß ein Mann der vier Jahre für das deutsche Volk im Arde gearbeitet hat dort die für den einfachen Soldaten ungewöhnliche Bezeichnung des Eisernen Kreuzes I. Klasse erworben hat, verdient, daß auch äußerlich seine Zugehörigkeit zum deutschen Volke befestigt.“

Diesen Satz zu kommentieren ist mehr als überflüssig. Er nach etwas anderes ist äußerst kennzeichnend: Der Anzeiger schreibt die Berliner Schriftleitung melden:

„Daß auf Antrag Hitlers der Reichstag die Einbürgerung wahrscheinlich binnen weniger Tage vollziehen werde und daß die preussische Regierung anscheinend in richtiger Würdigung der Verhältnisse“ nicht oder nicht mehr bedenke, hier Schwierigkeiten zu bereiten.“

So enthält sich die „Eiserne Front“ als Schicksalsschicksal. Die Reaktion! Für diese „Eiserne Front“ sollen SPD-Arbeiter Vorparadien leisten!

Klassenbewußte SPD-Arbeiter! Augen auf! Ihr geht in eine Front mit Hindenburg, Hitler und Wels. Es ist der ring. Euer Platz und der Platz aller Arbeiter ist an der Seite der kommunistischen Proletarier, die mit dem Arbeiterbewußten an der Spitze die rote Offensive gegen den Faschismus und die Hindenburg-Hitler-Wels eröffnen!

Massenprotest gegen Todesstrafe an Jungarbeitern

Chem, 4. Februar. (Eig. Drahtbericht)

Bei Eröffnung der heutigen Sitzung des Schwurgerichts Teilgebirger-Beschl. erklärte der Vorsitzende, daß dem 119 Proletkollaboranten der Arbeiterschaft des Kugelbüchsen den Antrag des Staatsanwaltes auf Todesstrafe von dem angeklagten Jungarbeitern zugegangen seien.

In den getreuen Abendstunden fanden in Chem ein großer Demonstration der Arbeiter statt, bei der die Entlassung der Angeklagten im Teilgebirger-Beschl. gefordert wurde.